

Niederschrift

zur 31. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 26.04.2012	18:05- 20:00 Uhr	Hotel Kaiserhof, Raum "Berlin", Friedrich Engels-Straße 1a

Anwesenheit

Vorsitz

Elke Wagner ,

Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse ,

CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati , Jürgen Teichmann bis 19.45 Uhr,

SPD-Fraktion

Helga Bluschke , Klaus Runge ,

FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Petra Schumann ,

Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

Sachkundige BürgerInnen

Hans-Joachim Lachmann , Jürgen Lüder ,

Gäste: Vorsitzende des Gleichstellungsbeirates Frau Berger, Schulleiterin der 1. Oberschule Frau Schädlich mit ihrem Schülersprecher Obeida Hayajneh, Schulleiter der Juri-Gagarin-Oberschule Herr Wittig mit der Elternsprecherin Frau Borchardt

Verwaltung: Erster Beigeordneter Herr Dr. Fehse, Fachbereichsleiter Bürgerdienste Herr Dr. Wetter, Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung Herr Politz und seine Mitarbeiterin Frau Wilhelm

Abwesend

Sachkundige BürgerInnen

Sebastian Bernhardt , Ines Jeske , Jörg Knauth ,

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen eröffnet um 18.05 Uhr die 31. Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die fristgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Aus Termingründen bittet die Vorsitzende des Gleichstellungsbeirates ihren Tätigkeitsbericht der Diskussion zum Thema Übertragung der beiden Oberschulen an den Landkreis vorzuziehen. Die anwesenden Mitglieder erklären sich einstimmig mit dem Austausch der Inhalte des TOP 6.1 und 6.2 einverstanden.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Der veränderten Tagesordnung wird ebenfalls zugestimmt.

Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Bestätigung der Niederschrift der 29. Sitzung vom 23.02.2012

Die Niederschrift wird bestätigt.

Zustimmung Ja 11 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

TOP 5 Bestätigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtentwicklungsausschuss am 06.03.2012

Bei der Erstellung der Niederschrift ist in der Anwesenheit der Abgeordnete Stiller der CDU-Fraktion zugeordnet. Die Vorsitzende bittet im Namen der Protokollantin den Fehler zu entschuldigen und stellt richtig, dass Herr Stiller der Fraktion Die LINKE angehört.

Die vorliegende Niederschrift wird von den anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen.

Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 6 Informationen der Vorsitzenden

Frau Wagner lädt zur Waldaufräumaktion der SPD-Fraktion am Sonnabend, den 28.04.12 um 10.00 Uhr, Treffpunkt Ortsausgangsschild Fürstenwalde, hinter dem Lützow-Ring, ein.

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Arbeitsbericht des Gleichstellungsbeirates

Die Vorsitzende bittet Frau Berger zu Wort, die erfreut ist, den Tätigkeitsbericht des Gleichstellungsbeirates (GBR) auch in diesem Jahr vortragen zu können.

(Zunächst gibt sie eine Zusammenstellung von Unterlagen aus den Vorjahren den Anwesenden zur Kenntnisnahme.)

Im Rahmen der Frauenwoche wurde eine Veranstaltung mit dem Thema: „Meine, deine, unsere Geschichte“ organisiert, in der eine Frau ihre biographische Geschichte im Zusammenhang mit der historischen Situation erzählt, die sehr interessant und gut besucht war. Der GBR ist im Begleitausschuss Toleranz fördern – Kompetenz stärken vertreten und arbeitet intensiv mit dem Verein Frauen helfen Frauen zusammen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Fraktionsvorsitzenden, hat sich der Beirat als berufendes Gremium erneut auf seine Aufgaben konzentriert und gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt an der Gleichstellungskonzept gearbeitet. Zum Tag gegen Gewalt an Frauen wurde mit dem Verein Frauen helfen Frauen eine Kinoveranstaltung mit dem Titel „Kehrtwende“ und anschließender Gesprächsrunde organisiert. Im Ergebnis dieser Veranstaltung hat sich Frau Stavorinus bereit erklärt, Sprechstunden für die Frauen in der Frauennotwohnung durchzuführen und entsprechende Hilfe anzubieten.

Des Weiteren hat der GBR im November am Aktionstag des Familienbündnisses teilgenommen und dabei weitere interessante Kontakte, wie z. B. mit Frau Ulrich, die am 08.05.2012 um 19.00 Uhr im Dom über ihre Arbeit in der Antidiskriminierungsstelle in FF/O. spricht, geknüpft.

Alle Mitglieder des GBR nehmen regelmäßig an Fortbildungen der Friedrich-Ebert-Stiftung teil.

Sehr positiv bewertet Frau Berger die von Frau Wagner initiierten Beiratsvorsitzendenrunden, in der die bestehenden Beiräte Gelegenheit haben, sich über ihre Arbeitsinhalte auszutauschen und zu vernetzen.

Abschließend lädt die Vorsitzenden des GBR auf die bereits erwähnte Veranstaltung am 08.05.2012 in der Reihe „Treff im Dom“ herzlich ein.

Der Abgeordnete Apitz merkt an, dass der Veranstaltungsort für Menschen mit Behinderung schwer erreichbar ist. Der Hinweis wird von Frau Berger aufgenommen und an Pfarrer Hemmerling weiter geleitet.

Frau Wagner dankt für ihren Bericht und wünscht dem Beirat weiterhin viel Erfolg.

TOP 7.2 Diskussion zum Thema: Übertragung der beiden Oberschulen an den Landkreis

Frau Wagner macht darauf aufmerksam, dass die heutige Diskussion nicht mit einer Entscheidung enden wird sondern den Charakter einer Anhörung tragen sollte, in der die Vertreter der Fraktionen die Möglichkeit haben, ihre Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise zu unterbreiten.

Zunächst bittet die Vorsitzende über das Rederecht für die Direktoren der Oberschulen und je einem Eltern- oder Schülervertreter abzustimmen.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Die Schulleiterin der 1. Oberschule Frau Schädlich stellt sich vor und ist dankbar, dass sie seit drei Jahren an der Schule tätig sein darf. Lobenswert ist aus ihrer Sicht nicht nur die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, besonders all die erst kürzlich getätigten Investitionen, lassen die Einrichtung attraktiver werden und zu einem festen Standort gehören. Seit einigen Jahren wird die Schule im weiterführenden Bereich wieder vermehrt angewählt. Die Mitarbeiter, Eltern und die Schülerschaft identifizieren sich mit „ihrer“ Schule, in „ihrer“ Stadt, in der wir leben. Die Schulleiterin betont, dass die Schüler im regionalen Wirtschaftsraum Fürstenwalde ihre Praktikumseinsätze mit dem Ziel durchführen, hier auch eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Sie ist der Meinung, dass

beide Oberschulen territorial gut angesiedelt sind und zur Infrastruktur von Fürstenwalde gehören. Frau Schädlich erinnert daran, dass Schule nicht nur den Unterricht ausmacht sondern auch die Schulsozialarbeit und die vorhandenen Netzwerke. Abschließend gibt sie nochmals zu bedenken, dass gerade diese vielen Kontakte, die über Jahre gewachsen sind, sich durch einen Trägerwechsel verlieren würden. Im Ergebnis der letzten Schulkonferenz bittet die Schulleiterin auch im Namen der Lehrerschaft, der Eltern und Schüler, dass die 1.Oberschule in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde bleibt.

Der Schulleiter der Juri-Gagarin-Oberschule Herr Wittig informiert, dass seine Lehrer-, Eltern und Schülerschaft der einheitlichen Meinung sind, dass ihre Schule in der Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde bleiben sollte. Ihm ist bewusst, dass es hier um „Geld“ geht, jedoch die finanziellen Mittel entweder von der Stadt oder dem Landkreis aufgebracht werden müssen. Aus diesem Grund bittet er die Verwaltung mit dem Landkreis eine gemeinsame Lösung der finanziellen Situation zu finden. Positiv erinnert er an die Zusammenarbeit mit dem Übergangsmanagement, z. B. bezüglich der Berufsmesse und an die Kommunal-Kombi-Förderung sowie an den Einsatz der Schulsozialarbeiterin an seiner Schule, die eine sehr wichtige Rolle für Schüler und Lehrer im Schulalltag spielt. Nicht zu vergessen sind die vielen finanziellen Aufwendungen, die in all den Jahren investiert wurden. Herr Wittig lobt das gute Miteinander, dass er und seine Lehrer, Eltern und Schülerschaft nicht missen sondern erhalten wollen.

Der Schülersprecher Obeida Hayajneh besucht seit drei Jahren die 1.Oberschule und zeigt sich dankbar und zufrieden für diese Zeit. Er schließt sich den Aussagen von Frau Schädlich an und würde sich ebenfalls wünschen, dass diese Schule eine städtische Einrichtung bleibt.

Auch die an der Juri-Gagarin-Oberschule amtierende Vorsitzende der Elternkonferenz Frau Borchardt, kann den Ausführungen von Herrn Wittig nichts weiter hinzufügen und schließt sich ebenfalls dem Gesagten an.

Anschließend bittet die Vorsitzende die Verwaltung ihre Argumente mitzuteilen, worauf Herr Dr. Fehse das Wort ergreift und zunächst vorausschickt, dass der Meinungsbildungsprozess innerhalb der Verwaltung noch nicht abgeschlossen ist, da der Finanzbereich und die zuständige Fachgruppe verschiedener Auffassungen sind.

Auf Grund der Änderung des Schulgesetzes, wurde mit dem Landkreis eine Vereinbarung getroffen, dass die Schulen ab der SEK I weiter in der Trägerschaft der Stadt bleiben. Auf dieser Grundlage ist der Kreis verpflichtet, pro Schüler und pro Jahr einen Pauschalbetrag zu erstatten. Der vereinbarte Betrag wird jährlich angepasst (Inflationsausgleich und Tarifierhöhungen). Festzustellen ist, dass die Kosten für die Kommune gegenüber dem Ausgleich des LOS stärker gestiegen sind. Allein in diesem Jahr muss die Stadt für die Oberschulen einen Betrag von ca. 410.000 Euro aufbringen. In einer Gegenüberstellung von Plan- und Istwerten ist diese Tendenz auch bei den Schulen in kreislicher Trägerschaft (Erkner, Beeskow, Eisenhüttenstadt) erkennbar.

Im Ergebnis stellt der Kämmerer fest, dass diese Oberschulen durch die Kreisumlage der Stadt Fürstenwalde mitfinanziert werden. Fürstenwalde ist mit 20 % an all dem was an den genannten Schulen bezuschusst wird, beteiligt. Herr Dr. Fehse erläutert anhand des aktuellen Zahlenwerks die Kreditbelastungen, Zinsen und Tilgungen der Stadt und vergleicht diese mit dem Landkreis. Daraus ist abzuleiten, dass der Landkreis demnächst schuldenfrei sein wird. Aus ökonomischer Sicht ist es daher ratsam, über einen Trägerwechsel nachzudenken.

Herr Dr. Fehse weist darauf hin, dass es keinen Qualitätsunterschied zwischen den Schulen in städtischer oder in kreislicher Trägerschaft gibt und zählt beispielsweise die unveränderliche Stellung der Schulleitung und der Lehrerschaft als Landesbedienstete, die Vermittlung von einheitlicher Unterrichtsstoff und die festen Schulstandorte auf.

Anschließend geht der Beigeordnete auf die in den vorhergehenden Redebeiträgen geäußerte Besorgnis um die gute Zusammenarbeit zwischen Stadt und Schule und den Verlust der Jahre hinweg aufgebauten Netzwerke ein. Er versichert, dass eine gute Zusammenarbeit auch mit den Schulen in kreislicher Trägerschaft wie mit dem Geschwister-Scholl-Gymnasium, der Förderschule Erich Kästner und der Regine-Hildebrandt-Schule sowie mit dem Oberstufenzentrum (OSZ) in Palmnicken, z. B. im Rahmen des Übergangsmanagement, besteht. Entscheidend für die Qualität einer Schule ist

das Lehrpersonal, wenn die materiellen Bedingungen vorliegen. Zur Schulsozialarbeit teilt Herr Dr. Fehse mit, dass sich auch daran nichts ändern wird, da der Verein Jugend und Sozialarbeit landkreisweit tätig ist.

Nach seinen Ausführungen bittet der Kämmerer die Abgeordneten, um klare zeitliche Ziele.

Im Anschluss nutzt Herr Dr. Fehse die Gelegenheit, auf Grund von eingegangenen Beschwerden zum bestehenden Haushalt 2012 die Anwesenden zu informieren, dass Wünsche über Investitionsvorhaben und Maßnahmen wie z. B. das Projekt Wassersportzentrum, der zweite Bauabschnitt an der Theodor-Fontane-Grundschule, Trockenlegung der Kellerräume im Hort Wirbelwind und Maßnahmen am Stadtpark nicht verworfen sind.

Zum Thema Oberschulen weist der Fachbereichsleiter Dr. Wetter darauf hin, dass die Entscheidung ob die Oberschulen in die Verantwortung des Landkreises übergehen, allein durch den politischen Raum gefällt wird und die Verwaltung sich dieser Entscheidung beugen muss.

Die Vorsitzende der Elternkonferenz Frau Borchardt korrigiert die Aussage von Herrn Dr. Fehse und stellt richtig, dass das OSZ nicht mit dem Übergangsmangement zusammen gearbeitet hat sondern nur die beiden Oberschulen der Stadt.

Herr Wittig stellt noch einmal klar, dass es ihm in dieser Frage nur um das enge Miteinander geht, wie z. B. die Zusammenarbeit im Bündnis für Familie, in dem nur die städtischen Schulen vertreten sind (Ausnahme bildet die Förderschule Erich Kästner, Schulleiterin Frau Schumann)

Der Abgeordnete Sachse stellt fest, dass hier eine Trennung zwischen dem „Kopf und Bauchgefühl“ erfolgen muss. Während der „Kopf“ sich nach der Verantwortung gegenüber dem städtischen Haushalt richtet, steckt im „Bauchgefühl“ die enge und gute Zusammenarbeit zwischen Kommune und Schule. Er spricht sich für eine verstärkte Kommunalisierung aus, indem er sich vorstellen kann, dass alle Bildungseinrichtung in Fürstenwalde in die Trägerschaft der Stadt wechseln.

Herr Petenati, der seit zwanzig Jahren im politischen Raum agiert, ist stolz auf die städtischen Bildungseinrichtungen, in denen jahrelang erfolgreich investiert wurde und äußert: „Die Stadt nimmt sich selbst etwas weg, wenn sie ihre Oberschulen abgibt“.

Zunächst erwähnt die Abgeordnete Fiedler lobend die stetige Unterstützung von Schülern der beiden städtischen Oberschulen zu politischen Veranstaltungen und Events. Zu den Aussagen des Herrn Dr. Fehse bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Kommune und allen Schulen in der Stadt verweist Frau Fiedler vorausschauend auf Beeinträchtigungen, die nur allein schon durch die Kreisgebietsreform 2013 und die Einführung der Inklusion abzusehen sind.

Abschließend weist sie darauf hin, dass eine Abgabe der weiterführenden Oberschulen in die Verantwortung des Landkreises sich negativ auf das aktuelle Thema der Jugendbeteiligung in unserer Stadt auswirken würde.

Frau Schumann, Schulleiterin der Förderschule Erich Kästner kann bestätigen, dass es ihrer Schule in der Trägerschaft des Landkreises gut geht. Trotzdem möchte sie besonders auf die vorgenannten Argumente, wie Schulen in städtischer Trägerschaft sind Tradition, Verlustängste von Netzwerken und Stolz auf ihre Einrichtungen, aufmerksam machen. Nicht nur die Lehrer sondern auch die Eltern und Schülerschaft bitten dies bei der Entscheidung zu berücksichtigen.

Die Vorsitzende hat zum Thema Abgabe der zwei städtischen Oberschulen an den Landkreis einen Antrag vorbereitet, der die Stadtverwaltung beauftragt, einen „runden Tisch“ mit Verantwortlichen zur der Thematik einzuberufen. Frau Wagner verliest zunächst den Antrag und bittet im Anschluss um Hinweise, Ergänzungen oder Korrekturen.

Der Antrag ist fristgemäß und kann nach Einverständnis der Mitglieder des Ausschusses dem anwesenden Stadtverordnetenvorsteher übergeben werden.

Auf Anfrage der Abgeordneten Bluschke informiert Frau Wagner über die dazu angedachte Zeitschiene, die ca. zum 15.12.2012 mit Verabschiedung der Haushaltsplanungen von Kommune und Kreises beendet sein muss.

Nach einer kritischen Diskussion, wer an den Runden Tisch beteiligt werden muss und kann, sind sich die Abgeordneten einig, den „Runden Tisch“ zum „Arbeitskreis“ umzubenennen.

Dr. Fehse stellt klar, dass die Verwaltung die „Betroffene“ ist und eine Drucksache vorbereiten muss, über die letztendlich in der Stadtverordnetenversammlung entschieden wird. Der Arbeitskreis ist demokratisch nicht legitimiert und leistet die Vorarbeit, indem er die Argumente zusammenträgt oder austauscht und somit zur schnelleren Entscheidungsfindung beiträgt.

Dr. Wetter schließt sich den Aussagen des Beigeordneten an und schlägt vor, den 3.Satz im 2.Absatz umzuformulieren, worauf die Formulierung des Abgeordneten Sachse zum Tragen kommen: „Der Runde Tisch...und möglichst einvernehmlich zu einer Empfehlung kommen.“

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass der „Runde Tisch“ durch den „Arbeitskreis“ ersetzt wird und der Beschlussvorschlag wie von Herrn Sachse korrigiert im vorliegenden Antrag geändert und dem Stadtvorsteher zugesandt wird.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses erklären sich wie folgt einverstanden.

Zustimmung Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 8 Informationen der Verwaltung

Dr. Wetter informiert zum Stand Ausschreibung der Obdachlosenunterkunft (ODU), dass der LOS bezüglich der Übertragung von Aufgaben nach den §§ 67 bis 69 Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII) um Stellungnahme gebeten wurde, die seit Kurzem vorliegt. Die Positionierung des Landkreises macht eine erneute Beratung mit der Verwaltungsführung erforderlich. Aus diesem Grund werden heute keine weiteren Ausführungen zu dieser Thematik erfolgen.

Frau Wagner macht darauf aufmerksam, dass über die Ausschreibung der ODU ein gültiger Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vorliegt und versteht nicht, welche internen Absprachen dazu noch erforderlich sind.

Herr Politz antwortet darauf hin, dass die Stellungnahme des Landkreises ausschlaggebend für die Umsetzung des Beschlusses ist. Er erinnert daran, dass sich die Ausschreibung zum einen auf die Unterkunft bezieht und zum anderen auf die soziale Begleitung und Beratung (Umsetzung des sozialintegrativen Konzeptes). Letztgenanntes ist Aufgabe des Landkreises, der in seiner Stellungnahme die Aufgabendelegation ausschließt. Das bedeutet, dass sich die Ausschreibung nur auf die Betreuung der Unterkunft beschränken müsste.

Da die Verwaltungsführung signalisiert hat, dass diesbezüglich noch andere Ideen bestehen, möchte sie mit dem Fachbereichsleiter und der zuständigen Fachgruppe, die bisher noch nicht involviert sind, ins Gespräch kommen.

Nach kurzer Diskussion, wann mit den Ergebnissen aus diesen Gesprächen zu rechnen ist, beauftragt die Vorsitzende die Verwaltung, zur nächsten Sitzung am 07.06.2012 über die neuen Ansätze zur weiteren Verfahrensweise mit der ODU zu berichten. Wenn gewünscht, ist dies auch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung möglich.

Auf Bitte der Vorsitzenden stimmen die anwesenden Mitglieder dem Antrag zu.

Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Der Fachgruppenleiter Familie, Soziales und Bildung informiert, dass sich die Sonnengrundschule im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens zur Teilnahme am landesweiten Pilotvorhaben „inklusive Grundschule“ für die Schuljahr 2012/13 bis 2014/15 beworben hat und seitens des Ministerium für Bildung, Jugend und Sport bestätigt wurde.

Auf Anfrage von Frau Wagner zu den Auswirkungen teilt Herr Politz mit, dass die Ausstattung der

Räumlichkeiten sich nicht verändern wird jedoch Aufstockungen im personellen Bereich und Reduzierungen der Klassenstärken auf 23 Plätze zur Folge haben wird. Weitere Auswirkungen wird dies auch auf die Horte haben. Leider hat sich das Ministerium zu all dem noch in keiner Form geäußert. Die Abgeordnete Fiedler informiert allgemein, dass 84 Schulen im Land Brandenburg an dem Pilotvorhaben teilnehmen und dementsprechend zusätzlich mit insgesamt 100 Lehrern aufgestockt werden. Ergänzend fügt Frau Wagner hinzu, dass sich im gesamten LOS 11 Schulen an dem Projekt beteiligen.

Der sachkundige Bürger Herr Lüder erinnert diesbezüglich erneut an seine Bitte, die Inklusion im Fachausschuss zu thematisieren, worauf Herr Politz aus der Erfahrung heraus noch einmal darauf aufmerksam macht, dass zu wenig Kenntnisse, Erfahrungswerte und Konzepte zum Thema vorliegen und schlägt vor, evt. dazu das Staatliche Schulamt heranzuziehen.

Die Vorsitzende empfiehlt die Internetseite [AktionMensch.de.](http://AktionMensch.de), auf der ein Informationsvideo zum Thema Inklusion abrufbar ist.

Frau Wagner wird gemeinsam mit den Vertretern der Verwaltung versuchen, für die nächste Sitzung dazu einen Referenten einzuladen.

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Der Abgeordnete Apitz bittet die Verwaltung, ähnlich wie in der Wohlfahrtspflege, um Darlegung und Erläuterungen der Kulturförderung, Antragstellung und Höhe der Bezuschussung der Vereine worauf Herr Petenati auch die Berichtszahlen in der Sportförderung wünscht.

Dr. Wetter weist darauf hin, dies - wie auch in der Wohlfahrtspflege - nach Ablauf der Antragsfristen zu thematisieren.

Frau Wagner würde gern mehr Informationen darüber bekommen, auf welcher Grundlage die Entscheidungen zu den vorliegenden Anträgen getroffen werden.

Die Verwaltung weist auf die bestehende Kulturförderungsrichtlinie in der Stadt Fürstenwalde/Spree und auf die Richtlinie zur Förderung des Sports in der Stadt Fürstenwalde/Spree hin.

Abschließend schlägt die Vorsitzende vor, die bestehenden Richtlinien in einer der nächsten Sitzungen zu thematisieren und bittet die Abgeordneten sich dementsprechend mit dem Material zu befassen.

Frau Fiedler macht auf die Veranstaltung der NPD aufmerksam, die am kommenden Samstag um 18.00 Uhr einen Infostand in Fürstenwalde Nord vor dem Kick aufbauen möchte und ruft die Abgeordneten auf, gemeinsam mit der Plattform dem entgegenzuwirken.

Zum Bericht von Frau Stiebe fragt der Abgeordnete Gollmer an, warum ca. 8 Ausgabeposten in der Wohlfahrtspflege aus dem Vorjahr per März noch nicht abgerechnet worden sind. Herr Politz teilt mit, dass die zuständige Kollegin Frau Schwagerick seit Anfang des Jahres erkrankt ist, jedoch bis auf wenige Ausnahmen alles abgerechnet ist.

Auf Anfrage des Abgeordneten Apitz wie die Zahlungsmodalitäten der Förderung der Beiräte geregelt sind, verweist Herr Politz auf die Richtlinie zur Wohlfahrtspflege, die diese ebenfalls beinhaltet.

Nachdem es keine weiteren Anfragen der Mitglieder des Ausschusses mehr vorliegen, stellt die Vorsitzende fest, dass keine TOP im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorliegen. Somit entfällt der nicht öffentliche Teil.

Die Anwesenden tragen abschließend noch folgende Veranstaltungstermine zusammen:

30.04.2012 MOZ – Lokaltour
01.05.2012 Familienfest im Heimattiergarten
01.05.2012 3.Familiade im Sportforum Süd

12.05.2012 Behindertensportfest im Harbig-Stadion
25.05. – 27.05.2012 19.Fürstenwalder Frühlingsfest

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Die Sitzung wird um 20.00 Uhr geschlossen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Elke Wagner

Elke Stein

Vorsitzende

Schriftführerin